

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postzustellung 3 RM., einschließlich Abrechnung. Einzelnummern 10 Pf. Wochensatz 60 Pf. Wochensatz für Wilsdruff u. Umgegend 40 Pf. Wochensatz für andere Bezugsgebiete 50 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Regelungsvertrag: Die 8-spaltige Komplette 20 Zeilen, die 6-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 3-spaltige Komplette im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren 20 Reichsmark. Anzeigen und Werbungsstellen werden nach Möglichkeit angenommen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 210 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 9. Sept. 1930

Die Entwicklung der Reichstagsparteien.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1919 bis 1928.

Nur wenige Tage noch trennen uns von der Wahl, die über die künftige Gestaltung des Deutschen Reichstages entscheiden soll. Neue Parteien sind auf dem Plane erschienen, alte haben ihr Firmenschild verändert und sich mit Nachbarparteien zu neuen Parteilagerungen zusammengeschlossen, und Gruppen, die nie auf eine Vertretung im Reichstag rechnen können, ihren Namen aber trotzdem genannt sehen möchten, haben Wahlvorschlüsse eingereicht und stehen, genau so wie die landbekannten großen und größeren Parteien, mit Spitzenkandidaten und allem, was sonst dazu gehört, auf dem Stimmzettel. Die Spannung und die Aufregung sind groß, und niemand weiß, was werden wird. Mutmaßungen und Ratepiele sind in solchem Maße ein müßiges Beginnen und eine durchaus unfruchtbare Arbeit. Aber was gewesen ist, was wir seit der Begründung der Deutschen Republik an Wahlen und Abstimmungen erlebt haben, darüber läßt sich nicht gut streiten: da man es schwarz auf weiß besitzt, kann man daran nicht deuteln und nicht trittele. Zahlen beweisen, und es dürfte daher von Interesse sein, wenn wir über die Entwicklung der Reichstagsparteien seit dem 19. Januar 1919, an dem die Wahlen zur Nationalversammlung stattfanden, nach den genauen Feststellungen des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich vom Jahre 1929, einige Mitteilungen machen.

Im Jahre 1919 betrug die Gesamtzahl der Bevölkerung Deutschlands 63 052 000, die Zahl der Stimmberechtigten 26 766 000. Bei der Wahl zur Nationalversammlung wurden abgegeben (in runden Zahlen) 30 400 000 Stimmen; es hatten also 82,68 Prozent der Stimmberechtigten gewählt. Von den gültigen Stimmen entfielen auf die Deutschnationalen Volkspartei 3 121 000, auf die Deutsche Volkspartei 1 345 000, auf das Zentrum 5 980 000, auf die Deutsche Demokratische Partei 5 641 000, auf die Sozialdemokratische Partei 11 509 000, auf die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) 275 000, auf die Deutschhannoversche Partei 77 000, auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 2 317 000, auf andere Parteien (Nationalsozialistische Freiheitsbewegung, Kommunistische Partei, Bayerische Volkspartei, Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, Deutsche Bauernpartei, Landbund) 132 000. Die Gesamtzahl der Abgeordneten der Nationalversammlung betrug 421. Es gehörten an: der Deutschnationalen Volkspartei 44, der Deutschen Volkspartei 19, dem Zentrum 91, der Deutschen Demokratischen Partei 76, der Sozialdemokratischen Partei 163, der Wirtschaftspartei 4, der Deutschhannoverschen Partei 1, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei 22, anderen Parteien 2.

Ganz anders gestaltete sich das Bild in der ersten Reichstagswahlperiode 1920/22. Die Bevölkerung Deutschlands betrug damals — immer nach den Angaben der in Frage kommenden letzten Volkszählung — 59 198 000. Stimmberechtigt waren 35 949 000. Gewählt haben 28 196 000 oder 78,43 Prozent der Stimmberechtigten. Stimmen erhielten: die Deutschnationalen 4 249 000, die Deutsche Volkspartei 3 919 000, das Zentrum 3 845 000, die Demokraten 2 333 000, die Sozialdemokraten 6 104 000, die Kommunisten 589 000, die Bayerische Volkspartei 1 238 000, die Wirtschaftspartei 218 000, die Deutschhannoversche Partei 319 000, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 5 046 000, andere Parteien 332 000. Die Zahl der gewählten Abgeordneten betrug 459, und zwar: 71 Deutschnationalen, 65 Deutsche Volkspartei, 64 Zentrum, 39 Demokraten, 102 Sozialdemokraten, 4 Kommunisten, 21 Bayerische Volkspartei, 4 Wirtschaftspartei, 5 Deutschhannoveraner, 84 Unabhängige. Andere Parteien waren in diesem Reichstag nicht vertreten. Diese erste Wahlperiode heißt deshalb 1920/22, weil die Wahlen am 6. Juni 1920 stattfanden, in den Wahlkreisen Nr. 1 (Ostpreußen) und Nr. 14 (Schleswig-Holstein) die Wahlen aber erst am 20. Februar 1921 und im Wahlkreis Nr. 10 (Sachsen) erst am 19. November 1922 — nach den jeweiligen Volksabstimmungen in den genannten Gebieten — stattfinden konnten.

Die zweite Wahlperiode begann am 4. Mai 1924. Bevölkerung Deutschlands wie in der ersten Periode. Stimmberechtigte: 38 375 000. Gültige Stimmen: 29 281 000 (76,30 Prozent). Es erhielten an Stimmen: die Deutschnationalen 5 696 000, die Nationalsozialisten 1 918 000, die Deutsche Volkspartei 2 694 000, das Zentrum 3 914 000, die Demokraten 1 655 000, die Sozialdemokraten 6 008 000, die Kommunisten 3 693 000, die Bayerische Volkspartei 946 000, der Landbund 574 000, die Wirtschaftspartei 693 000, die Deutschhannoveraner 319 000, andere Parteien 1 165 000. Der Reichstag zählte 472 Abgeordnete, darunter: 95 Deutschnationalen, 32 Nationalsozialisten, 45 Deutsche Volkspartei, 65 Zentrum, 28 Demokraten, 100 Sozialdemokraten, 62 Kommunisten, 16 Bayerische Volkspartei, 10 Landbund, 10 Wirtschaftspartei, 5 Deutschhannoveraner, 4 Deutschsozialen.

Der zweite Reichstag war kurzlebig; am 7. Dezember 1924 wurde von neuem gewählt. Die Gesamtzahl der Bevölkerung hatte sich wieder nicht verändert, die Zahl der Stimmberechtigten aber war auf 38 987 000 gestiegen. Es wurden 30 290 000 (77,69 Prozent) gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten: die Deutschnationalen 6 295 000, die Nationalsozialisten 907 000, die Deutsche Volkspartei 3 049 000, das Zentrum 4 118 000, die Demokraten 1 919 000, die Sozialdemokraten 7 881 000, die Kommunisten 2 709 000, die Bayerische Volkspartei 1 134 000, der Landbund 499 000, die Wirtschafts-

Die Europakonferenz in Genf

Das Französische Weißbuch.

Die Grundlage der Paneuropaberatungen.

Das Weißbuch der französischen Regierung über die bisherigen Unternehmungen in der Paneuropasfrage wurde am Nachmittag veröffentlicht. Das Weißbuch gliedert sich in vier Teile: 1. die amtliche Mitteilung an die Presse vom 9. September 1929 über die erste Anregung Briands auf dem Frühstück der europäischen Mächtevertreter, 2. die Denkschrift der französischen Regierung vom 1. Mai 1930, 3. den Wortlaut der 26 Antwortnoten der europäischen Regierungen. Im vierten Teil sagt die französische Regierung die Stellungnahmen der einzelnen Antwortnoten nach grundsätzlichen Gesichtspunkten zusammen. Hierbei stellt die französische Regierung fest, daß alle befragten Regierungen einer materiellen und moralischen Organisation Europas größte Bedeutung beilegen.

Der vorsichtige Hinweis in der deutschen Note auf die Notwendigkeit einer Änderung der Grenzen wird selbstverständlich im Bericht der französischen Regierung nicht erwähnt. Die französische Regierung hebt aber weiter nochmals ihren Standpunkt hervor, nach dem eine europäische Vereinigung unter keinen Umständen die souveränen Rechte eines Staates berühren dürfte.

In den Schlussfolgerungen macht die französische Regierung in vorzüglicher Form die Feststellung, daß sämtliche Regierungen darüber einig seien, die europäische Union unter die moralische Autorität des Völkerbundes zu stellen und sich über die Bedingungen und die Form der Stellungnahme zum Völkerbund zu einigen.

Die französische Regierung behandelt sodann in der Denkschrift die Stellungnahme der einzelnen Regierungen zu den organisatorischen Fragen, zu der Notwendigkeit eines allgemeinen Paktes, eines Mechanismus und zu der Notwendigkeit allgemeiner Richtlinien. Ferner erörtert die Denkschrift den Zusammenhang zwischen den politischen und wirtschaftlichen Fragen sowie die Frage der Zusammenfassung einer gemeinsamen europäischen Politik.

Die Ablehnung der deutschen und ungarischen Einwände.

Die Bewertung des Französischen Weißbuchs geht in Konferenzkreisen allgemein dahin, daß Frankreich seinen großen Plan der endgültigen Stabilisierung der deutschen europäischen Lage voll und ganz erhält und eine europäische Union nur auf der Grundlage der Anerkennung der jetzigen europäischen Staatsgrenzen fordert, obwohl eine einheitliche Anerkennung dieses Grundgedankes in den Antwortnoten keineswegs erfolgt ist. Von besonderem Interesse ist, daß die französische Regierung lediglich die Auffassung der ungarischen Regierung verzeichnet, nach der sämtliche bestehenden Ungleichheiten, die heute die volle Souveränität gewisser Staaten einschränken,

partei 1 005 000, die Deutschhannoveraner 262 000, andere Parteien 597 000. Die Zahl der Abgeordneten betrug auf 493. Ende März 1928 war der Stand der Fraktionen: Deutschnationalen 107, Nationalsozialisten 14, Deutsche Volkspartei 50, Zentrum 67, Demokraten 32, Sozialdemokraten 131, Kommunisten 30, Bayerische Volkspartei 19, Landbund 8, Wirtschaftspartei 4, andere Parteien 36 (Fraktionslose: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Völkischer nationaler Bund, Linke Kommunisten, Volksrechtspartei usw.).

Und nun folgten am 20. Mai 1928 die Wahlen zu dem Reichstag, dessen Auflösung wir vor einigen Wochen erlebt haben. Deutschlands Bevölkerung betrug damals 62 410 000. Stimmberechtigt waren 41 224 000 Deutsche. Abgegeben wurden 30 738 000 (74,56 Prozent) gültige Stimmen. Davon entfielen: auf die Deutschnationalen 4 380 000, auf die Nationalsozialisten 809 000, auf die Deutsche Volkspartei 2 678 000, auf das Zentrum 3 710 000, auf die Demokraten 1 504 000, auf die Sozialdemokraten 9 150 000, auf die Kommunisten 3 262 000, auf die Bayerische Volkspartei 945 000, auf die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei 581 000, auf die Deutsche Bauernpartei 481 000, auf den Landbund 199 000, auf die Wirtschaftspartei 1 395 000, auf die Hannoveraner 195 000, auf andere Parteien 1 442 000. Die Zahl der Abgeordneten betrug 491. Mitte August 1929 war der Stand der Fraktionen: 78 Deutschnationalen, 12 Nationalsozialisten Hitlerischer Richtung, 45 Deutsche Volkspartei, 61 Zentrum, 25 Demokraten, 153 Sozialdemokraten, 53 Kommunisten, 17 Bayerische Volkspartei, 10 Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, 8 Deutsche Bauernpartei, 3 Landbund (Württembergischer Bauern- und Weinbauernbund), 23 Wirtschaftspartei, 3 Hannoveraner, 36 Angehörige anderer Parteien, die sich zum Teil von ihren „Mutterparteien“ abgetrennt hatten. Die Abstimmungen, die im Laufe des Jahres erfolgt sind und die dann zur Bildung neuer Parteien geführt haben, sind noch in aller Erinnerung, so daß an dieser Stelle auf sie nicht besonders hingewiesen zu werden braucht.

bejehrt werden müßten. Die französische Regierung sucht diesen ungarischen Standpunkt in der Weise als unwesentlich darzustellen, indem die Auffassung der englischen Regierung als der Ausdruck der allgemeinen Meinung bargelegt wird.

Entsprechend der englischen Auffassung müsse vielmehr die Aufmerksamkeit der europäischen Völker von den Feindseligkeiten der Vergangenheit und den Interessenfreitigkeiten abgewandt und lediglich auf die größeren Interessen der Allgemeinheit gerichtet werden. Die französische Regierung hat damit den in der deutschen und ungarischen Note angemeldeten Forderungen gegenüber von neuem eine grundsätzlich ablehnende Haltung eingenommen.

Europa auf der Tagesordnung der Vollversammlung

Genf, 8. September. Die Sitzung der europäischen Konferenz hat am Montag von 16 bis 19.30 Uhr gedauert. Eine weitere europäische Konferenz findet vorläufig nicht statt. Als Ergebnis der Konferenz wird folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht. Die Vertreter der europäischen Staaten als Mitglieder des Völkerbundes, vereinigt am 8. September in Genf, zur Durchführung der Genfer Entschliessung vom 9. September 1929, haben nach Kenntnisnahme der Ergebnisse der Untersuchungen im Hinblick auf eine Organisation für eine europäische Union — einerseits überzeugt, daß eine enge Zusammenarbeit der europäischen Regierungen auf allen Gebieten der internationalen Tätigkeit für die Erhaltung des Friedens in der Welt von entscheidender Bedeutung ist, andererseits zur Durchführung dieser Zusammenarbeit in voller Uebereinstimmung mit dem Völkerbundsstatut und in Achtung der darin niedergelegten Grundfäden — beschlossen, die Frage auf die Tagesordnung der Vollversammlung des Völkerbundes zu setzen.

Der französische Paneuropaplan festgefahren

Genf, 8. September. Die Mitteilungen, die am Montagabend von englischer, französischer und deutscher Seite über den Verlauf der Montagtagung der Europa-Konferenz gemacht werden, stimmen sachlich überein, geben jedoch in Bezug auf die Atmosphäre und die in den Verhandlungen zutage getretenen Gegensätze weit auseinander. Von englischer und anderer Seite wird mitgeteilt, daß von französischer Seite ausdrücklich der Versuch gemacht wurde, eine amtliche Stellungnahme der Konferenz zum Gunsten des französischen Gesamtplanes zu erreichen. Dieser Versuch ist jedoch im wesentlichen an der Haltung der englischen Regierung gescheitert. Der englische Außenminister habe erklärt, er könne dem französischen Plan nicht zustimmen, obwohl dieser in den Grundgedanken auch englische Sympathien finde. Der französische Plan sei in seiner gegenwärtigen Form für England im Hinblick auf die Stellung der Dominions untragbar. Ihre weitere Stellungnahme müsse die englische Regierung von den Ergebnissen weiterer Studien des Planes abhängig machen. Es scheint, daß außer England auch eine Reihe anderer Regierungen, so die von Dänemark, Schweden und der baltischen Staaten, sehr ernste Bedenken gegen den Plan geäußert habe. In Konferenzstreffen berührt die Auffassung vor, daß der französische Plan in der ursprünglichen Fassung zunächst als erledigt angesehen werden müsse und die ganze Frage auf das Gebiet theoretischer Erörterungen geraten sei.

Briand hat am Montagabend der französischen Presse gegenüber erklärt, daß in der Konferenz sich zwei Auffassungen gegenüberstanden hätten. Die englische Regierung habe eine eingehende Prüfung des französischen Planes wegen der Festlegung der Richtlinien für die Verhandlungen in der Völkerbundsversammlung gefordert. Die englische Regierung habe jede Festlegung in der Europafrage von vornherein abgelehnt, schließlich sei jedoch eine Vereinbarung zustande gekommen. Er selbst habe sich als den Beauftragten der Konferenz an, der in der Völkerbundsversammlung die Grundlinien des Paneuropaplanes zu vertreten haben werde.

Am Dienstagvormittag wird Briand mit Reichsaussenminister Dr. Curtius eine Unterredung haben, in der, wie verlautet, außer der Frage des Bahnstuhles im Saargebiet auch die Frankreich interessierenden Fragen der deutschen Politik zur Sprache kommen sollen.

Curtius über die deutsche Politik und Paneuropa

Genf, 8. September. Der Reichsaussenminister Dr. Curtius äußerte sich am Montagabend vor Vertretern der internationalen Presse über politische Tagesfragen. Hierbei führte er u. a. aus: Die deutsche Politik vertritt selbstverständlich in erster Linie die nationalen Interessen. Sie sei sich aber bewußt, daß eine nationale Politik nur auf dem Wege der Verständigung und des Fre-